

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 592.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe

Donnerstag, 18. Dezember 1902.

Druckerei: Die Druckerei des Verlagsbesizers, Druckerei des Verlagsbesizers, Druckerei des Verlagsbesizers.

Druckerei: Die Druckerei des Verlagsbesizers, Druckerei des Verlagsbesizers, Druckerei des Verlagsbesizers.

Geschäftsstelle in Halle a/S. Leipzigerstr. 67.

Telephon Nr. 183.

Verantwortlich: Dr. Walter Gebhardt in Halle a/S.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.

Telephon-Nr. VII Nr. 11 494.

Druck und Verlag von Otto Zietse in Halle a/S.

## Deutsches Reich.

Halle a. S., 18. Dezember.

Der Bund der Landwirthe und die konföderale Partei. Die „Korr. des Bundes der Landwirthe“ beantwortet die am Montag von der konservativen Reichstagsfraktion gefasste Resolution mit einem Artikel „zur Antwort“, in dem es u. A. heißt:

„Wir bemerken, daß wir von unserem Standpunkte aus früher und jetzt selbstverständlich überzeugt waren und überzeugt sind, daß diejenigen Abgeordneten, welche selbstständig für den materiellen Inhalt des Antrages Sachverstand gekannt haben, nach ihrer vollen Augenmerklichkeit die Ueberzeugung und nach bestem Willen gefaßt haben. Das schließt aber nicht aus, daß wir trotzdem dieser Resultat für unrichtig halten und daß wir hervorheben, daß diese Ueberzeugung erst im letzten Moment gewonnen ist und den vorher beständigen wirtschaftlichen Standpunkten und den diesen Anschauungen entsprechend zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung völlig widerspricht. Die „konföderative Korrespondenz“ fügt der Mitteilung der Resolution der konservativen Fraktion hinzu, daß die letztere es als Fehler ansehe, daß die Mitglieder des Bundes der Landwirthe in ihren Kaufungen der Lage mit dem engeren Vorstande des Bundes nicht übereinstimmen werden und daß die Fraktion bemerkt sein werde, nach dieser Richtung hin unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung aufstrebend zu wirken. Was den ersten Hinweis anbetrifft, so scheint die „Korr.“, und wenn sie die Auffassung der konservativen Fraktion richtig wiedergibt, auch diese bezweifeln zu haben, daß diese Kaufungen des engeren Vorstandes des Bundes der Landwirthe über die letzte Zweckmäßigkeit der nunmehr angenommenen Tarifvorlage für die deutsche Landwirtschaft auf den Reichstagen des Ausschusses des Bundes der Landwirthe, sowie auf einer namentlich in der letzten Zeit in verschiedenen Besammlungen in allen Theilen Deutschlands zum Ausdruck gekommenen Auffassung beruht. Was den letzten Satz anbeht, so bedauern wir, daß die „Korr.“, hierdurch die Mitglieder des Bundes der Landwirthe zum Widerspruch gegen den engeren Vorstand des Bundes anzuregen sucht. Jede Organisation muß in sich geschlossen sein; die Mitglieder des Bundes der Landwirthe, die Beziehungen zwischen ihnen u. i. w. beschreiben werden daher die Geschlossenheit ihrer Organisation in jeder Hinsicht mit größter Sorgfalt zu wahren. Was sich hier jedoch nicht hindern, andererseits innerhalb des Bundes der Landwirthe ihrer Meinung Geltung zu verschaffen, aber nicht durch Einsprüche von außen veranlaßt, sondern lediglich aus ihrer eigenen Ueberzeugung heraus. Daß diese ihre Ueberzeugung sich nunmehr früher geändert hat, können wir auf Grund der uns bekannten Beschäfte des Ausschusses und der Beschäfte vieler Versammlungen, Besammlungen, sowie vieler allgemeiner Bundes-Besammlungen nicht glauben.“

Man wird in dieser Erklärung immerhin das Bestreben wahrzunehmen, den Streit nicht zu verschärfen. Die scharfen Ausdrücke der Kriegserklärung vom Sonnabend sind nicht aufrecht erhalten. Ein Einlenken der Bundesleitung liegt in der That auch in deren eigenem Interesse, und wir hoffen nach wie vor auf einen baldigen ehrlichen und herzlichen Friedensschluß.

aus Braunschweig. In den Ende November d. J. stattgehabten Verhandlungen des braunschweigischen Landtags, welche sich auf den inzwischen angenommenen braunschweigischen Gesetzentwurf betreffend die Erklärung des § 6 des Gesetzes vom 18. Februar 1879 Nr. 3 wegen preussischer Ordnung der Regierungsvorfälle hinsichtlich einer Preussenscheitlung bezogen, ist unter anderem auch ein Antrag auf das Heranziehen braunschweigischer Staatsministerien gerichtet. Schreiben des Reichskanzlers folgende Besetzung der Landesversammlung des Herzogthums mitgeteilt worden:

„Daß nach seiner — des Reichskanzlers — Auffassung in den gesetzlichen Verhältnissen keinerlei Veränderung eintreten ist, welche dem Bundesrathe Anlaß geben könnte, aus eigener Entscheidung über auf Anrufen eine andere Stellung als in dem Beschlusse von 1885 einzunehmen.“

Die „Nord. Allg. Ztg.“ ist zu der Feststellung ermächtigt, daß mit der angelegenen Aenderung die auch heute bestehende Auffassung sowohl der kaiserlichen Regierung als auch der preussischen Staatsregierung wiederzugeben ist. Hieraus folgt auch, daß anderweite Schritte des braunschweigischen Staatsministeriums, zu welchen dieses nach einem in jenen Verhandlungen gefassten, aber abgelehnten Antrage eines Abgeordneten veranlaßt werden sollte, um die braunschweigische Frage einer Lösung entgegen zu führen, zur Zeit gegenstandslos sein würden.

Daß eine Standeserhebung des Grafen von Bismarck vom Kaiser geplant wurde, wird von der „Allg. Ztg.“ als eine entsetzliche Mißregierung der in der letzten Zeit von mancher Seite verbreiteten Gerichte gebedeutet, die von einer Trübung des Verhältnisses zwischen Kaiser und Kanzler werden zu können glauben: Durch eine besondere Gnadenbegünstigung, die der Monarch, den Einwendungen des Grafen Bismarck folgend, allerdings nicht vollziehen hat, hat er deutlich zu erkennen gegeben, daß Graf Bismarck heute noch der Mann seines Vertrauens ist und daß von ihm vollste Politik, namentlich in Sachen des Zolltarifs, sich der besagten kaiserlichen Willkür freient. In diesem Sinne hat die unangeführte gebildete kaiserliche Politik die Bedeutung einer wichtigen Kundgebung.

Der Kaiser unternahm am Dienstag Nachmittag vom Neuen Palais einen kurzen Spaziergang und begab sich um 7 Uhr nach dem Kasino des Leib-Garde-Fußaren-Regiments, um an dem Gouleurff der Leib-Garde-Fußaren und Garde-Jäger teilzunehmen. — Wittmoß-Wolgen hörte Se. Maj. die

Vorträge des Chefs des Zivilcabinetts, Wirklichen Geheimen Raths Dr. von Lincanus und des Intendanten Kammerherrn v. Hülsen.

Die Breslauer Kaiserrede wird, wie man aus Schloßen schreibt, auf höhere Anordnung in gleicher Weise wie die Offener Ansprache in allen amtlichen Publikationsorganen zum Abdruck gedruckt und ferner auch in Sonderabdrucken verbreitet.

Der „Breslauer Königlich-Preussischer Arbeiterverein“ hat folgende Kundgebung an Se. Majestät den Kaiser erbeten: Der Breslauer Königlich-Preussischer Arbeiterverein bittet im Namen der 3500 im schlesischen Verbaude zusammengeflohenen evangelischen Arbeiter, Euerer Majestät den ehrenwürdigsten Dank für die in der Rede an die Breslauer Arbeiterdeputation der deutschen Arbeit gewollte Anerkennung und das damit von Seiten der kaiserlichen Regierung an dem Wohl des Arbeiterstandes ausgesprochen zu dürfen mit dem Gelübnis unerschütterlicher Treue zu Kaiser und Reich wie auch zum Heiligthum unseres evangelischen Glaubens. Er erwirbt als Freund der Worte Eurer Majestät die Wegbindung einer reicheren Arbeiterschaft, welche geschickter Vertreter der Arbeiterinteressen zu jeglicher Mithatheit am Werke des sozialen Friedens in die Vollvertretung entsenden wird.

Dank des Kronprinzen. In der „Kolonie“ am der Ober“ wird folgender Dank des Kronprinzen veröffentlicht:

„An die Arbeiter meiner Stadt Dels! Es ist mit einer aufrichtigen Freude gewesen, daß sich viele Arbeiter meiner lieben Stadt Dels der Bewegung angeschlossen haben, die heute überall durch die deutschen Lande geht. Ihr Bewußt, daß die Liebe Gemeinshaft zwischen Euch und jenen Glenden befaßt hat oder je befaßt wird, die es genügt haben, einen deutschen Mann an seine Ehre zu stellen, und daß Ihr gelassen seid, treu zu Euren Kaiser und Vaterland zu stehen. Dies freut mich um so mehr, als ich mit meinen lieben Leuten zusammenkomme. Se. Majestät der Kaiser, mein geliebter Vater, Altersschwächen ist von der treuen Meinung, welche mir Euer Wittmoß sehr geliebt, Theilhaftig gemacht hat, hat hierüber eine freundliche Bemerkung empfunden. Mir aber wird der freudige Zug unerschütterlich bleiben. Schluß Dels, den 18. Dezember 1902. Wittmoß, Kronprinz.“

am Könige von Sachsen. Man meldet aus Dresden, 17. Dezember: In der vergangenen Nacht hat der König ruhig geschlafen. Komplikationen im Halse sind normal. Der König wird aber auch heute noch das Bett hüten. Die parlamentarischen Erscheinungen dauern noch an.

Personalmeldungen. Prinz Gustav Adolf von Schweden, der Sohn des Kronprinzen, ist Mittwoch Mittag 2 Uhr am Bord des Schnelldampfers „Dohn“ nach äußerst hübscher, regnerischer Wetterfahrt in Saigun eingetroffen und mit dem englischen D-Range über Berlin nach Deden weitergefahren.

Der frühere Generaldirektor der breslauer Steuern, Wirklichen Geheimen Rath Dugherdt, ist am Dienstag zu Berlin im 78. Lebensjahre gestorben. Er hatte den Staatsdienst über 55 Jahre und davon fast 40 Jahre den Finanzministerien angehört. Er trat, wie die „Allg. Ztg.“ berichtet, im Dezember 1844 als Assistent in den Justizdienst, wurde im Mai 1847 Kammergerichtspräsident und drei Jahre später Gerichtsassessor im Bezirk Pommern. Nachdem er einige Zeit im Kreisamte als Beamter des Ober-Steueramtes gewirkt hatte, schied er im Mai 1853 aus dem Justizdienste aus und wurde Secrer der Stadtverwaltung, die er dann auch im Abgeordnetenhaus vertrat. Im Jahre 1861 trat er als Geheimen Finanzrath und vortragenden Rath in das Finanzministerium, dem er sodann bis zu seinem Abschied in den Ruhestand angehört hat. 1868 rückte er zum Geheimen Ober-Finanzrath auf und 1874 zum Generaldirektor der direkten Steuern mit dem Charakter als Wirklicher Geheimen Ober-Finanzrath und dem Range eines Rathes I. Klasse. Am Juni 1884 wurde er Mitglied des Staatsraths und am 28. Dezember 1884 Wirklicher Geheimen Rath mit dem Prädikat Excellenz. Am 1. Oktober 1900 trat er in den Ruhestand.

Wie die „Allg. Freiheit.“ wissen will, sind die nach ausstehenden preussischen Ausführungsbestimmungen zum Reichs-Zeichenscheinegesetz fertiggestellt und werden in der ersten Woche des Jahres 1903 veröffentlicht werden.

Der jetzt erschienene staatsrechtliche Bericht über die letzte neuveröffentlichte Reichstags-Sitzung umfaßt 104 Seiten. Daß er verhältnismäßig so kurz ist, kommt daher, daß die 24 namentlichen Reden, die während dieser Sitzung stattfanden, allein schon etwa drei Stunden in Anspruch genommen haben. Die wichtigsten Rede des Hrn. Richter enthält sich über 80% Spanien. Er hat im Durchschnitt in der Sitzung 160—170 Sätze gesprochen.

aus den Reichstagsverhandlungen. Der konföderale Bundeskongress hat am 19. d. Mts. sich in der Wahl entschieden, die unteren kaiserlichen Bestimmungen nach dem Wege der Gnade die Wahl des Justizraths (Herrn v. Frey). Der Bund der Landwirthe dagegen protestiert für seine Mitglieder Wahlbestimmung. — Die Reichstagsversammlung für den verstorbenen Abgeordneten Wittmoß-Wolgen Brandenburg am 21. Januar festgesetzt worden.

Die gestern an dieser Stelle erwähnten Vorschläge der sächsischen Regierung über die Reform der Eisenbahntarife sind im Einzelnen folgende:

1. Mühsalarten werden im Binnenverkehr, sowie im direkten

Verkehr mit Bahnen, die für ihn und Rückfahrt keine Preisermäßigung gewähren, nicht mehr ausgeben. Die letzten Befehlen im bisherigen großen und durchgehenden Verkehr. 2. Im Binnenverkehr werden gleichzeitig mit den Fahrkarten für die Rückfahrt besonders gekennzeichnet, nur am Abgangstage für die Rückfahrt gültige Fahrkarten ausgegeben. 3. Die Einheitspreise für die Personenzug-Fahrkarten werden für das Kilometer festgesetzt auf 1. Kl. 4.5 Pfg., 2. Kl. 3 Pfg., 3. Kl. 2 Pfg., 4. Kl. 2 Pfg., 4. Kl. 2 Pfg. 4. Für Umbahnung von Gütern wird durchgängig ein Zuschlag von 1 Pfg. für das Kilometer erhoben. 5. Freigelegte wird zunächst fortgewahrt. 6. Aufgehoben wird die Preisermäßigung a) für Gesellschaftsfahrten, b) für zusammengehaltene Fahrten, c) für Besondere Karten zum Befahren von Bahnen. Ferner: a) Arbeitsmannfahrten, b) Arbeiterfahrten, c) sehr Anreisefahrten, f) Sonntagsfahrten. 7. Befahren bleiben die Preisermäßigungen für a) Kinder, b) Ausflüge zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, c) Schulfahrten und Ferienfahrten, d) milde Frauen, e) wehrpflichtige Angehörige der Reichswehr, f) Besondere Ermäßigungen, nach Festlegung in jedem einzelnen Falle. Ferner ohne Preisermäßigung g) die Schülerfahrten, h) die Arbeiter-Bohnenfahrten. 8. a) Befahren bleiben die Monatsfahrten. Zur Frage steht, ob die Preise nach 20 oder 25 Fahrten zu bilden sind. b) Zur Frage steht, ob die Monatsbefahren beibehalten bleiben oder beibehalten werden können. c) Befahren nach 11 oder nach 15 Fahrten zu bilden sind.

Wie die „Zschr. des Vereins D. Eisenbahn.“ mittheilt ist der ständige Ausschuss des sächsischen Eisenbahnraths für den 8. Januar 1903 zur Vorbereitung über die Denkschrift der sächsischen Regierung betreffend die Personalreform in Sachsen einberufen worden. Die Hauptberatung wird jedoch in der nächsten Gesamtsitzung des Eisenbahnraths erfolgen, woraus sich die Grundlage für eine weitere Gestaltung der geplanten Tarifmaßnahmen ergeben wird.

Eisenbahnwesen. Der Reichstag, Montag, den 15. und 16. d. M. wurden auf Einladung des Reichs-Generalsekretärs und unter seiner Leitung kommissarische Beratungen der am Eisenbahnen der stehenden Bundesregierungen über weitere Maßnahmen zur Einziehung der Zugfolge abgehalten. Gleichzeitig fand eine Berathung über eine vollständige Neubearbeitung der Betriebsordnung für die Hauptstrecken statt.

Wie aus München gemeldet wird, hat der Verein Deutscher Ingenieure für den Sommer eines Kongresses der Deutschen Ingenieure nach München einberufen. Es haben sich etwa 2000 Deutscher bereits gemeldet, worunter auch geladene Mitglieder sich befinden werden. Im Ganzen gebieten dem Verein 18 000 Mitglieder an. Der Kongress soll für die Wissenschafts- und Berufsberatung erhalten, wie speziell für die Technik. Die Abnahme hoher Staatsdiensträger wird dem Kongress den offiziellen Charakter verliehen.

Sozialdemokratische Kasse. Wie wenig es der Wahrheit entspricht, wenn die sozialdemokratische Presse behauptet, der Feldzug gegen Krupp sei lediglich im freirechtlichen, humanitär-fürsorglichen Interesse erfolgt, beweisen die Ausführungen des Berliner führenden Blattes der Partei des Unruhens nach Zurücknahme der Klage. Sagt es doch geltend von der Erklärung des Direktoriums:

Man ist pöblich zu der Erkenntnis gekommen, daß man das Mandat an Krupp am besten dadurch rein hält, wenn man die Klage gegen Krupp. Wer würde so barbarisch sein, daß er an so viel Genuß und Gerechtigkeit nicht glauben möchte. In vielen Kongressen der Welt wurde die Idee nimmendster Zusammenkunft. Es gab auch die Idee so wahrheitsliebend sind. Nicht die Mühsal auf den Seiten, sondern die Mühsal auf Leben machte den Wunsch nach Einstellung des Verfahrens zur absoluten Nothwendigkeit. Krupp selbst hatte in seiner letzten Zeit schwere Krankheiten durchgemacht, die ihn zum Tode geführt hätten. Die „Vorwärts“-Artikel in der Zeitung hätte Augenblicke können. Es blüht ein Sommer der thätigsten Arbeit durch, wenn das Direktorium unter den Gründen auch den angeht, daß die Beschlüsse beibehalten hätte, das Verfahren über den eigentlichen Gegenstand hinaus auszubringen. Dazu hätte der Fall Krupp naturgemäß geführt, und das hätte nicht sein.

Diese Verdinglichung ist ebenso unerschütterlich wie roh und wird zweifellos ebenmäßig wenig mit der Wahrheit zu thun haben wie die erste Verdinglichung gegen Krupp. Das ganze Vorgehen des „Vorwärts“ beweist aber aufs Neue, was für „Gemüthsathleten“ die modernen Männer des „Vorwärts“ sind!

## Venezuela.

Der Kaiser hat bestimmt: Der Kapitän S. Schöber ist unter Befehl in der Stellung des Kommandanten des großen Kreuzes „Vincenza“ mit der Bahngemeinschaft der Gesellschaft des Hiesigen der auf der internationalen Station zu vereinigen Kreuzerdivision beauftragt und führt in dieser Eigenschaft den Kommando-Posten weiter. Es ist dem Chef der Division überlassen, den etatsmäßigen Etat einer selbständigen Division von Kreuzern in dem ihm nothwendig erscheinenden Umfang aus den unterstellten Offizieren zu bilden.

Durch diese Bestimmung treten die an der Küste von Venezuela vereinigen Kreuzer aus ihren bisherigen Verbindungen heraus. Der Chef der Station, Kapitän S. Schöber, tritt unter dem direkten Befehl des Kaisers. Neue Schiffe zur Bildung der Division in die amerikanische Gemässer zu entsenden, wird nicht beabsichtigt. Die Vereinigung der Kreuzer zu einem Kreuzergeschwader wird lediglich aus Gründen organisatorischer Natur vorgenommen. Die amerikanische Presse wird nicht müde, die Haltung Deutschlands und seine Absichten bei der militärischen Aktion gegen den widerpersigen Präsidenten Castro zu verdinglichen. Immer wieder wird behauptet, wir wollten uns





